

Keine Zusage von Kraft für Datteln 4

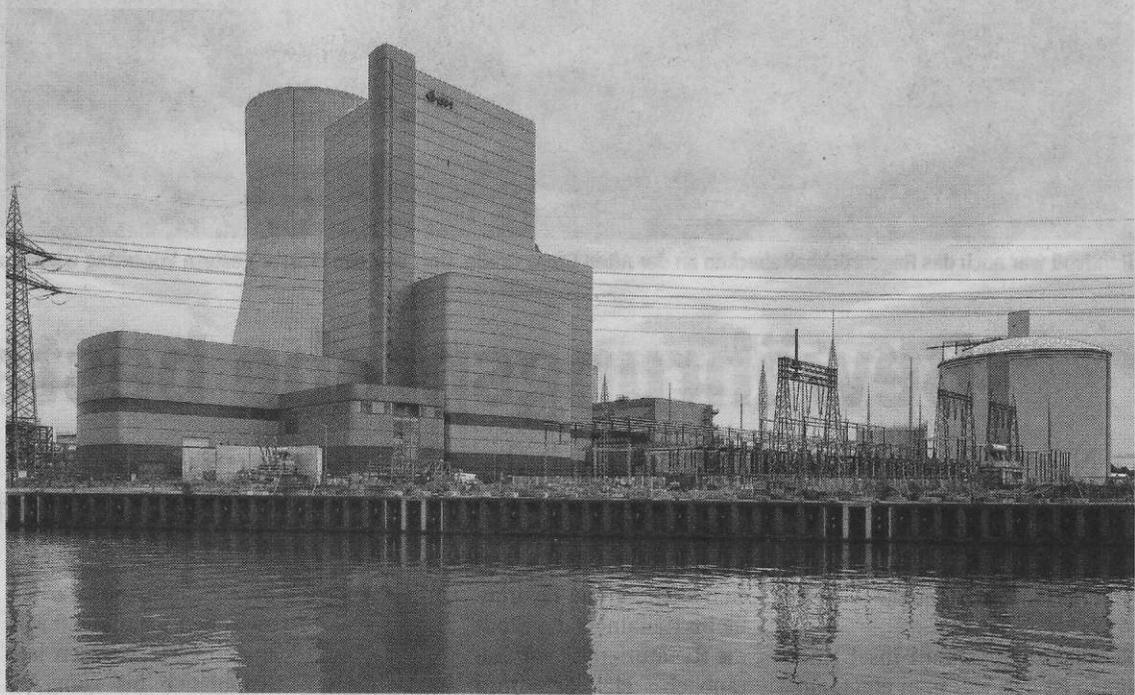
Die Landesregierung will sich zur Zukunft des Eon-Steinkohlekraftwerks nicht festlegen. Eon hofft auf zügige Abwicklung des Verfahrens

Von Michael Wallkötter

Datteln/Düsseldorf. Die Landesregierung will sich zur Zukunft des Eon-Steinkohlekraftwerks Datteln 4 nicht festlegen. Unterdessen rosten auf der Baustelle in Datteln die Bauteile weg.

Im Düsseldorfer Landtag ließ sich Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) gestern nicht aus der Reserve locken. Die CDU wollte von der Regierungschefin die Zusage, dass sie das Zielabweichungsverfahren, das der Regionalverband Ruhr (RVR) als zuständiger Planungsträger wohl am 5. Juli beschließen und bei der Staatskanzlei beantragen wird, zügig über die Bühne bringt. Mir dem Zielabweichungsverfahren sollen Ausnahmen von der Raumplanung ermöglicht werden. Es geht dabei um den Kraftwerksstandort und die Frage, ob dort heimische oder Importkohle verfeuert wird. Ohne diese Änderungen kann der vom Oberverwaltungsgericht Münster gestoppte Kraftwerksbau nicht vollendet werden. Das Land werde über den Antrag des RVR, so er denn gestellt werde, mit Sorgfalt entscheiden, betonte die Ministerpräsidentin in der Landtagssitzung. Aktuell seien inhaltliche Aussagen dazu nicht möglich – „und rechtlich auch bedenklich“.

Die CDU-Initiative wurde mit den Stimmen von SPD, Grünen und Piraten zurückgewiesen. Vier der fünf SPD-Landtagsabgeordneten aus dem Kreis RE – Hans-Peter Müller, Andreas Becker, Michael Hübner und Carsten Löcker – gaben jedoch eine persönliche Erklärung zu ihrem Abstimmungsverhalten zu Protokoll. Ihnen sei an einem zügigen Genehmigungsverfahren gelegen, schrieben die Politiker. Es sei jedoch „nicht gesetzeskonform“, den am 5. Juli erwarteten RVR-Beschluss jetzt schon vor-



Still ruht der Kanal vor dem Eon-Kohlekraftwerk Datteln 4, das weiterhin nicht fertiggestellt ist.

FOTO: JO KLEINE-BÜNING

Der Fahrplan für den Kraftwerksbau

■ **Datteln IV** soll der modernste Steinkohle-Meiler Europas werden, ist aber nach zwei Gerichtsurteilen wegen mehrerer Verstöße gegen Umwelt- und Planungsrecht derzeit gestoppt. Der Regionalverband Ruhr (RVR) wird voraussichtlich am 5. Juli beschließen, Zielabweichungsverfahren bei der Staatskanzlei zu beantragen, um Ausnahmen von der Raumplanung zu ermöglichen.

Erst wenn das Land grünes Licht gibt, kann die RVR-Verbandsversammlung den Aufstellungsbeschluss zur Regionalplanänderung fassen.

■ **Dies ist Voraussetzung** für die Aufstellung eines neuen Bebauungsplans in Datteln. Den entscheidenden Ratsbeschluss erhofft sich die Stadtverwaltung „zum Jahreswechsel“.

rauszusetzen. In ihrem „Schauantrag“ verwechselte die CDU-Landtagsfraktion „politischen Willen mir Recht und Gesetz“.

Wirtschaftsminister Garrelt Duin (SPD) hatte sich jüngst für zeitnahe Entscheidungen ausgesprochen, die eine Inbetriebnahme des Kraftwerks ermöglichen würden. Grünen-Fraktionschef Reiner Prig-

gen hatte das negativ kommentiert. Im NRW-Parlament sagte Priggen nun, die Politik sei für ein „sauberes Genehmigungsverfahren“ zuständig. „Und das machen wir.“

Kraftwerksbetreiber Eon hofft unterdessen, dass die ausstehenden Verfahren bei Land, RVR und Stadt Datteln so zügig wie möglich abgewickelt werden. „Die nächs-

ten Schritte liegen in den Händen der Politik“, sagte der Dattelner Projektleiter Andreas Willeke. Vor Ort informierte Willeke den Parlamentarischen Staatssekretär aus dem Bundesarbeitsministerium, Dr. Ralf Brauksiepe (CDU), über die Situation auf der Baustelle. Brauksiepe, der auch NRW-Landvorsitzender der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA) ist, war auf Einladung des CDA-Kreisverbandes in Datteln. Die Bauten und Anlagen, die vom OVG-Urteil nicht betroffen sind, werde Eon im Laufe dieses Jahres fertigstellen, kündigte Willeke an. Mehr als eine Milliarde Euro sei in Datteln bereits investiert worden.

Brauksiepe sagte, auch in Datteln stelle sich die Frage, „ob wir in Deutschland Großprojekte noch stemmen können“. Der Landesregierung sprach er den politischen Willen ab, das Kraftwerk ans Netz zu bringen. „Hier geht es auch um Arbeitsplätze“, betonte er.